

Nachrichten

Klybeck-Petition an die Regierung überwiesen

Basel. Mit 63 zu 9 Stimmen überwies der Rat die Petition «Für eine Passerelle von der Inselstrasse an den Klybeckquai» an den Regierungsrat. Konkret verlangt wird, dass der Klybeckquai für die Bewohner des Klybeck besser erreichbar wird – und das, indem für die Fussgänger ein Übergang von der Inselstrasse über die Hafentramway erstellt wird. Diese Passerelle soll den Klybeckquai zu einem Teil des Quartiers machen, heisst es in der Petition. Denn die Hafentramway könne ja erst nach dem Bau des neuen Hafenbeckens verlagert werden, was noch Jahre oder Jahrzehnte dauern kann. Nur die SVP beantragte, die Petition zu erledigen.

Mehr Platz zum Flanieren am Kleinbasler Rheinufer

Basel. Die Petition «Flanieren statt parkieren!» wurde mit 49 zu 33 an den Regierungsrat zur Prüfung und Berichtserstattung überwiesen. Angeregt werden zwei Dinge: Erstens die Parkplätze am Unteren Rheinweg zwischen Klingentalgraben und Bläsiring vollständig oder teilweise aufzuheben, und zweitens den rheinseitigen Platz Bläsiring und Offenburgerstrasse vollständig von Parkplätzen zu befreien und der Bevölkerung als Begegnungs- und Bewegungsort zur Verfügung zu stellen. SVP und LDP wollten die Petition als erledigt erklären, unterlagen aber.

Das Lohngesetz wird nicht verändert

Basel. Abgelehnt wurde eine Motion von Joël Thüring (SVP), der eine Änderung des Lohngesetzes verlangte – das in Zusammenhang mit Nebeneinkünften von Regierungsräten und Mitarbeitenden des Kantons Basel-Stadt. Thüring forderte, dass sämtliche Nebeneinkünfte an den Staat abzuliefern seien. Der Regierungsrat war zwar bereit, den Vorstoss zu prüfen, doch Regierungsrätin Eva Herzog stellte sich inhaltlich gegen das Anliegen. Bekämpft wurde der Vorstoss von Pascal Pfister (SP) und Thomas Strahm (LDP) namens ihrer Parteien, unterstützt wurde er von Stephan Mumenthaler (FDP). David Jenny (FDP) beantragte als Einzelsprecher, «solche unbedarft populistischen Vorstösse nicht zu überweisen». Mit 40 zu 25 sagte das Parlament Nein – bei 13 Enthaltungen.

Drei Kommissionen wieder komplett

Basel. Neu in die Petitionskommission gewählt wurde Raoul Furlano (LDP) als Ersatz für seinen Parteifreund André Auderset. In der Interparlamentarischen Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz ersetzt Erich Bucher (FDP) seinen Parteikollegen Urs Schweizer. In der gleichen Kommission folgt Georg Mattmüller (SP) auf Patricia von Falkenstein. Mattmüller vertritt dort die Finanzkommission.

Grünes Licht für Baloise-Hochhäuser

Der Grosse Rat verabschiedet neuen Bebauungsplan – mit mehr Parkplätzen als bisher



Neue Akzente am Centralbahnplatz. Die Baloise will auf ihrem Areal einen Turm mit Büros und einem Hotel bauen (links). Das heutige «Hilton» verschwindet.

Von Markus Vogt

Basel. Mit 82 zu 6 Stimmen und bei einer Enthaltung genehmigte der Grosse Rat die nötige Zonenänderung und den Bebauungsplan Aeschengraben nach anderthalbstündiger Debatte komfortabel. Sehr viel knapper fiel die Abstimmung über die Zahl der Parkplätze aus, die in diesem Gebiet dem Bauherrn zugestanden werden soll: Mit 47 gegen 43 Stimmen lehnte der Rat einen Antrag von SP und Grünem Bündnis ab. Diese beiden Fraktionen wollten die im Projekt vorgesehenen zusätzlichen 60 Parkplätze nicht bewilligen und die Zahl beim bisherigen Stand von 148 belassen. Das war allerdings der einzige umstrittene Punkt in der ganzen Debatte.

Die Baloise (Basler Versicherung) will ihren Firmenkomplex im Bereich Aeschengraben-Parkweg-Nauenstrasse erneuern und modernisieren. Das Hotel Hilton, das der Baloise gehört und sanierungsbedürftig ist, wird durch einen maximal 87 Meter hohen Turm ersetzt, ein Hotel- und Bürogebäude. An die Stelle des heutigen Hotelbaus kommt

ein neuer öffentlicher Platz. Dazu sind zwei weitere Bürohochhäuser geplant, das eine maximal 42 Meter, das andere 37 Meter hoch. Zum Vergleich: Der benachbarte Turm der BIZ ist 68 Meter hoch. Für diese Transformation ihres Areals will die Baloise über 200 Millionen Franken investieren.

Der Bau sei für Basel-Stadt in verschiedener Hinsicht ein Gewinn, bemerkte Daniel Goepfert (SP), der als Sprecher der vorberatenden Bau- und Raumplanungskommission (BRK) die Debatte eröffnete. Das Vorhaben bringe 450 Arbeitsplätze, und diese geplanten Hochhäuser stünden, wenn sie einmal realisiert werden, am richtigen Ort in der Stadt. Die Baloise als Bauherrin habe glaubhaft gemacht, dass sie gegenüber heute 60 Parkplätze mehr brauche.

Auch Baudirektor Hans-Peter Wessels freute sich über die kräftige Investition des Unternehmens, und auch darüber, dass weiterhin ein hochklassiges Hotel bestehen soll, was die Stadt nicht zuletzt wegen des Messebetriebs brauche. Man erhalte zudem eine städtebaulich und architektonisch überzeugende

Lösung, lobte Wessels das Projekt. Einziger Streitpunkt sei die Parkplatzfrage. Zu befürchten sei, dass das Unternehmen möglicherweise auf die Realisierung des Hotels verzichte, falls die zusätzlich benötigten 60 Parkplätze nicht bewilligt würden.

«Glücksfall für Basel»

Genau hier hakte Jörg Vitelli (SP) ein. Er begrüßte zwar das Projekt als Ganzes und auch, dass ein neuer Freiraum entstehe, doch die heutigen Parkplätze, nämlich 300 auf dem benachbarten, ebenfalls der Baloise gehörenden Grundstück sowie die bestehenden 148 auf dem Areal, das nun erneuert werden soll, müssten genügen. Nirgends in der Stadt sei man mit dem öffentlichen Verkehr so gut erschlossen wie gerade beim Bahnhof, sagte Vitelli.

Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis) pflichtete bei – es sei nicht einzusehen, warum es weitere Parkplätze brauche. Es gehe auch anders: Roche habe ein hervorragendes Mobilitätskonzept und brauche bei ihrem Turm auch nicht mehr Parkplätze als bisher.

Bei den übrigen Parteien tönte dies ganz anders. Von einem zukunftsweisenden Grossprojekt sprach Helen Schai (CVP); wenn ein Unternehmen so investiere, solle man ihm nicht Knebel hinwerfen. Martina Bernasconi (GLP) mahnte, dass viele Angestellte des Unternehmens auf das Auto angewiesen seien – man solle sich doch auf das neue Hotel und die Umgestaltung freuen, die Gegend werde attraktiver.

Für Patricia von Falkenstein (LDP) ist es ein Glücksfall für Basel, dass Baloise zusätzliche 1300 Arbeitsplätze schaffen will: «Wir haben Grund zur Freude, dass sich eine Firma so klar zu Basel bekennt. Es gibt eine Bereicherung des Stadtbilds.» Roland Lindner (SVP) zeigte sich glücklich, dass der Versicherungskonzern gegen 240 Millionen investieren wolle. Weiter meinte er, dass Kunden eines Fünf-Sterne-Hotels eben nicht mit dem Velo kämen. Elias Schäfer (FDP) schliesslich erklärte, ohne die zusätzlichen Parkplätze gebe es kaum mehr ein neues Hotel an diesem Ort. Alles in allem handle es sich um ein durchwegs positives Projekt.

Dorfschulhaus wird aufgepeppt

Sanierung und Erweiterung des Schulstandortes Bettingen

Basel. Das Primarschulhaus von Bettingen muss saniert und erweitert werden – dafür bewilligte der Grosse Rat mit 71 zu 10 Stimmen einen Projektkredit von 490 000 Franken.

Das Schulhaus wurde 1972 gebaut, damals für vier Primarklassen. Heute wird es zusätzlich von zwei Kindergärten genutzt. Das genügt mit der Umsetzung von Harnos, der Schulharmonisierung, nicht mehr: Das Schulhaus muss künftig sechs Primar-Jahrgänge aufnehmen. Zudem ist die bauliche Auffrischung überfällig. Der Erweiterungsbau wird rund 10,4 Millionen Franken kosten. Der Sanierungsbedarf war un-

bestritten, doch bestanden hinsichtlich Erweiterung hier und dort Zweifel. Christine Würz (LDP) fragte nach der Verhältnismässigkeit der Kosten. Heidi Mück (GB) ging weiter: Das Schulhaus sei hoffnungslos unterbelegt; die Sanierung sei okay, aber eine Erweiterung lehnte sie ab. Annemarie Pfeifer (EVP, CVP) betonte, dass Bettingen ein eigenes Schulhaus brauche.

Helmut Hersberger (FDP), der einzige Bettinger Grossrat, fügte bei, dass die Klassenzahlen nicht inakzeptabel tief seien. Erziehungsdirektor Christoph Eymann empfahl vehement, Sanierung und Erweiterung abzusegnen. mv

Rahmenkredite für die Spitäler

Grosser Rat bewilligt fast 200 Millionen Franken

Basel. Für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen und ungedeckten Leistungen in den kantonalen Spitälern bewilligte das Parlament eine Rahmenausgabenbewilligung von 184,6 Millionen Franken. Im Detail sind dies gemeinwirtschaftliche Leistungen von 13,7 Millionen Franken für 2014 und 10,9 Millionen für 2015 sowie ungedeckte Kosten für 2014 und 2015 von je 74,6 Millionen. Dazu kommen Kosten im spitalambulanten Bereich von 10,5 Millionen (2014) und 7,1 Millionen (2015). Das Geld wurde mit 82 zu 1 bewilligt.

Mit demselben Abstimmungsergebnis wurde auch die Rahmenausgabenbe-

willigung für das Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) gesprochen: je 6,7 Millionen Franken für die Jahre 2014 und 2015. Beim Geld für das UKBB handelt es sich um den basel-städtischen Anteil; die Genehmigung erfolgte unter dem Vorbehalt, dass Baselland seinen Anteil ebenfalls beschliesst.

Beatriz Greuter (SP, Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission) kritisierte, dass Baselland wegen eines Sparauftrags eine Kürzung vorgenommen hat. Die Kosten sollten nach dem Verursacherprinzip aufgeteilt werden. Gesundheitsdirektor Carlo Conti riet, bei diesem Punkt wachsam zu sein. mv

Im Vorzimmer des Grossen Rats

Mit Sorge beobachten Basler Politiker die Vorgänge auf der Krim

Basel. Es waren die ersten konkreten Signale der Schweiz zum Vorgehen Russlands in der Krim-Krise: Gestern über Mittag kündigte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann an, dass die Schweiz die Verhandlungen mit Russland für ein Freihandelsabkommen auf Eis legt. Derweil brachte Russland die ukrainischen Militärbasen auf der Halbinsel im Schwarzen Meer unter seine Kontrolle. Soll sich die Schweiz als neutrales Land mit Verlautbarungen und Sanktionen zurückhalten oder in den internationalen Chor der Putin-Kritiker einstimmen? Oder soll gar Basel-Stadt seinen Kulturaustausch mit Moskau als Zeichen der Solidarität abbrechen? Während sich international die Tonlage gegen Russland verschärft, verurteilen die Grossräte in Basel zwar das Verhalten Russlands, sind aber mit der Kritik an Russland vorsichtig und nicht schreierisch. wah



Christian von Wartburg.
SP

«Einfach nicht lavieren»

«Vermutlich ist das Sistieren von Verhandlungen die richtige Antwort auf Russlands Vorgehen. In Anbetracht, dass Putin internationales Recht bricht, ist es schwierig, so zu tun, als wäre nichts. Ich hoffe, dass die Sanktionen jene Kräfte in der Ukraine zu mobilisieren vermögen, denen die wirtschaftliche Entwicklung wichtig ist. Diese könnten Putin zum Masshalten bringen. Wichtig ist, dass die neutrale Schweiz gradlinig auftritt und nicht laviert.»



Stephan Mumenthaler.
FDP

«Einfluss beschränkt»

«Dass die Schweiz das Freihandelsabkommen auf Eis gelegt hat, habe ich vorerst einmal zur Kenntnis genommen. Es ist wohl ein politisches Signal der kleinen Schweiz, das allerdings keinen Einfluss auf die Entwicklung auf der Krim haben wird. Leider stelle ich auch bei der EU eine Hilflosigkeit fest. Das Sistieren der Verhandlungen ist vielmehr als Zeichen der Solidarität zu verstehen, was ich richtig finde. Ein stärkeres Signal wäre wünschenswert.»



Guy Morin.
Grüne,
Regierungspräsident

«Austausch überprüfen»

«Basel-Stadt führt alleine Beziehungen mit der Stadt Moskau und nicht mit dem Land. Aussenpolitik ist Sache des Bundes, da dürfen wir uns als Kanton nicht einmischen. Unsere Unternehmen, die Universität oder die Spitäler pflegen mit Moskau einen Wirtschafts- und Kultur- und Forschungsaustausch. Da ist klar, dass wir unser Engagement aufgrund der sich verändernden Situation und der Entscheide des Bundes überprüfen werden.»



Samuel Wyss.
SVP

«Nichts aufs Spiel setzen»

«Eine Kritik an Russland nützt uns nichts und interessiert das Land nicht. Russland zu kritisieren, sollte den grossen Playern überlassen werden. Besser wäre es, wenn die Schweiz neutral wäre, was sie leider schon lange nicht mehr ist. Wir wären ein besserer Vermittlungspartner, wenn es zu Verhandlungsgesprächen käme. Basel soll nun bloss nicht das Gefühl haben, als Kanton seine Beziehungen zu Moskau aufs Spiel setzen zu müssen.»